

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.12.2000

Sitzungsort:
im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,

Sitzungsdauer:
17.00 Uhr - 18.45 Uhr

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt
Beigeordneter Wilhelm Leeker
Ratsherr Karl-Gerhard Pauels
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Ihno Slieter
Ratsherr Johann Südhoff

Vertr. f. Herrn H.-D. Haase

CDU

Beigeordneter Heinz Werner Janßen
Ratsfrau Sieglinde Kaune

Vertr. f. Herrn B. Rosenboom

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Hermann Züchner - stellv. Vorsitzender -

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser

von der Verwaltung

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann
Erster Stadtrat Ludwig Hemken
Stadtbaurat Jan Röttgers
Medizinaldirektor Dr. Eimo Heeren
FB-Leiter 300 Patrick de La Lanne
Bauoberamtsrat Bruntje Bruns
Städt. Oberamtsrat Wolfgang Münch
Städt. Oberamtsrat Heinz Potthast
Städt. Oberamtsrat Walter Saathoff
Städt. Oberamtsrat Diedrich Ellen
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt
Stadtamtmann Thomas Buß
Stadtangestellter Hans-Jürgen Janssen
Stadtangestellter Hinrich Peters als Protokollführer
Stadtangestellter Rainer Berghaus
Stadtangestellter Hans-Richard Wübbena

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.12.2000

Gäste:

Musikschule Emden e.V., Herr Riese
Schlachthof Emden GmbH, Herr Fecht

2 Vertreter der örtlichen Presse

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Züchner eröffnet in Vertretung von Herrn Rosenboom die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Herr Brinkmann teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss einstimmig beschlossen habe den Punkt 5 der Tagesordnung "Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1999" direkt im Verwaltungsausschuss zu beraten. Einwendungen werden auf Nachfrage des Vorsitzenden gegen die zu ändernde Tagesordnung nicht erhoben. Sie ist damit genehmigt.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 14) und des Krankenhausausschusses (Nr. 12) am 02.11.2000

Beschluss: Die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses und des Krankenhausausschusses vom 02.11.2000 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Vorlage 13/1382
Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1999

Herr Ellen trägt kurz die rechtlichen Grundlagen für die durchzuführende Prüfung der Jahresrechnung und für die Erstellung des Jahresberichts vor.

Herr Leeker und **Herr Hemken** schlagen vor, den Jahresbericht, soweit Fragen vorhanden, seitenweise zu behandeln. Der Ausschuss ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Herr Leeker spricht den auf Seite 8 des Berichts zitierten Eckdatenbeschluss des Rates vom 09.07.1998 und hier speziell den Punkt "Senkung der Ausgaben des Epl.4 um zumindest den Durchschnittswert der Sozialabgaben vergleichbarer Städte zu erreichen " an und erkundigt sich, ob hier Erfolge festgestellt worden seien.

Herrn Ellen ist nicht bekannt, ob dem Fachprüfer bei der Jahresprüfung für 1999 Vergleichszahlen zur Verfügung standen.

Es wird eine Beantwortung über das Protokoll zugesagt.

Anmerkung der Protokollführung: Vergleichszahlen standen nicht zur Verfügung.

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.12.2000

Herr Brinkmann führt aus, dass die absoluten Zahlen im Sozialhaushalt zurückgegangen seien. Ein direkter Vergleich mit anderen Städten wie z.B. Oldenburg oder Delmenhorst wäre wegen der unterschiedlichen Situationen nicht leicht. Emden sei aber auf dem richtigen Weg. **Herr Hemken** bestätigt dies und ergänzt, dass bei den Haushaltsansätzen des Sozialamtes im Vergleich zu Wilhelmshaven, Oldenburg, Osnabrück und Delmenhorst, Emden bei der Hilfe zum Lebensunterhalt an 3. Stelle, bei den Beihilfen etwas schlechter und bei der Hilfe zur Arbeit an 1. Stelle liege, was ja auch politisch gewollt sei. **Herr Leeker** stellt daraufhin fest, dass Emden die negative Spitzenposition nun verlassen habe.

Herr Dr. Beisser wünscht zu den auf Seite 12 des Berichts genannten Minderausgaben nähere Auskünfte.

Herr Hemken erläutert, dass der Haushalt 1999 die 2. Hälfte des Doppelhaushalts 1998 und 1999 sei. Ein Doppelhaushalt habe positive und negative Seiten. Die negative Seite sei, dass man bei der Aufstellung nicht so nah am Geschehen sei. Die Gewerbesteuer habe gesprudelt, der Fehlbetrag von rd. 153 Mio. DM erheblich abgebaut werden können, allein durch die höhere Gewerbesteuer um rd. 40 Mio. DM. Für 1999 und 2000 sei jeweils ein Nachtrag zum Haushalt verabschiedet worden. Jetzt würden wieder normale Verhältnisse einkehren.

Herr Leeker fragt, ob der Rückgang der Arbeiterlöhne gemäß Seite 19 des Berichts durch Beschäftigungsmaßnahmen hätten ausgeglichen werden können, oder ob hier ein Überhang an Kapazitäten vorhanden gewesen sei.

Herr Hemken begründet die Verringerung mit der Wiederbesetzungssperre für frei gewordene Stellen und der Vergabe nach außen, so z.B. bei Instandsetzungsmaßnahmen.

Herr Brinkmann weist auf die Seite 17 des Berichts hin, wo dargelegt werde, dass bei AB-Maßnahmen 2 Mio. DM mehr aufgewendet wurden. Auch hierdurch konnte einiges kompensiert werden.

Herr Züchner gibt den Vorsitz an **Herrn Dr. Kleinschmidt** ab und möchte wissen, ob die Ausweitung des Oberbürgermeisterbüros nicht zu Lasten der Gemeindeorgane gehe.

Herr Brinkmann verneint dies. Die Arbeiten für die Gemeindeorgane wären jetzt bei Herrn Potthast konzentriert. Ziel der Verwaltung sei die vorausgehende Information des Rates. Der neue Rat werde auf ein gutes Berichtswesen zurückgreifen können.

Herr Züchner übernimmt wieder den Vorsitz.

Herr Janssen möchte Auskunft zu TZ. 2 auf Seite 27 des Berichts, ob die tatsächlichen Kosten für Verwaltungsleistungen an Dritte inzwischen berechnet würden.

Herr Potthast erklärt, dass es in der Vergangenheit Probleme gegeben habe die Kosten zu ermitteln. Mit der Leistungsrechnung sei dies nunmehr aber möglich. Mit dem HSK würde Jahr für Jahr ein Kompromiss ausgehandelt. Die dem Rettungsdienst berechneten 18.000 DM seien ausreichend. Mit der Kunsthalle und Musikschule sollen jetzt Gespräche zur Erstattung der Kosten aufgenommen werden.

Herr Dr. Kleinschmidt übernimmt erneut den Vorsitz, da **Herr Züchner** Erläuterungen zu den TZ. 3 und 4 wünscht.

Herr Potthast verweist auf das zuvor Gesagte und stellt nochmals die Leistungsrechnung als Grundlage der Berechnung dar.

Herr Leeker spricht die Problematik der Erfassung der Hunde zur Hundesteuer an. Die Bürger seien unzufrieden. Er möchte wissen, ob die jetzt praktizierte Erfassung ausreichend sei.

Herr Ellen berichtet, dass die Heranziehung zur Hundesteuer auf der Grundlage der Anmeldung erfolge. Ermittlungen "ins Blaue hinein" zwecks Erfassung weiterer Hundehalter seien nicht gestattet. So wurde die Stadt Delmenhorst vom Datenschutzbeauftragten des Landes zur Stellungnahme aufgefordert, weil sie eine derartige Aktion durchgeführt hat. Das Niedersächsische Innenministerium sei grundsätzlich zu einer Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes bereit, um den Gemeinden das Ermittlungsrecht zu ermögli-

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.12.2000

chen, erhalte jedoch dazu nicht die erforderliche Zustimmung des Landesdatenschutzbeauftragten.

Herr Janssen findet die Antwort zu TZ. 6 auf Seite 34 des Berichts unbefriedigend. **Herr Steenhardt** erläutert die entstandene Differenz als technisches Problem, da es sich hier um ein "selbstgestricktes" Programm handele. **Herr Potthast** berichtet, dass hier ca. 60.000 Konten überprüft werden müssten. Auf Nachfrage von **Herrn Janssen** unterrichtet **Herr Potthast** den Ausschuss darüber, dass z.Z. ein neues Finanzwesenprogramm eingerichtet werde.

Herr Dr. Beisser wünscht nähere Informationen über die Programmschwierigkeiten mit dem neuen OWIG-Programm und erkundigt sich nach Möglichkeiten einer evtl. Kürzung des Lieferpreises für das Programm. **Herr Münch** sieht keine Möglichkeit für eine Kürzung oder einen Regress. Die Schwierigkeiten würden bei der Übernahme der Daten aus dem städtischen AS400-Rechner entstehen. Außerdem müsse die Stadt Emden hier mit dem Landkreis Aurich kooperieren wegen der Zusammenarbeit bei der Geschwindigkeitskontrolle. Die Stadt Aurich arbeite auch mit dem neuen OWIG-Programm, habe aber die Schwierigkeit nicht, da sie keine AS400-Verknüpfung benötige. Es finde z. Z. einmal wöchentlich eine Sitzung mit der ADV-Abt. statt, um die Probleme zu lösen.

Herr Brinkmann erklärt die Unzulänglichkeiten mit der schwierigen Haushaltssituation der vergangenen Jahre, in denen das Geld für eine vernünftige ADV-Ausstattung gefehlt habe. **Herr Potthast** führt aus, dass nunmehr die Verwaltung mit Standardprogrammen auf PC-Basis ausgerüstet werde; es gebe hier aber noch einen großen Nachholbedarf und diese Übergangssituation sei momentan schwierig.

Herr Dr. Beisser bezweifelt, ob in der Vergangenheit auch immer die von ihm schon früher angemahnte Kompatibilität der Programme berücksichtigt wurde.

Auf Nachfrage erklärt **Herr Ellen**, dass er mit der Antwort des FD Veterinärwesen zu TZ. 8, Seite 44 des Berichts, zufrieden sei.

Herr Münch ergänzt, dass es keine Einnahmen aus der Überprüfung der Getränkeschankanlagen mehr gebe, da diese Prüfung aufgrund einer neuen Verordnung von privaten Sachverständigen vorgenommen wird. Die Personaleinsparung durch den Wegfall dieser Prüfungen sei aber durch den Bedarf für den neuen Wochenmarkt in Borssum wieder aufgezehrt worden.

Herr Brinkmann unterrichtet den Ausschuss zu TZ. 10 auf Seite 50 des Berichts, dass die Kulturarbeit in der Stadt Emden neu geordnet werden solle. Dies habe auch aufgrund der durchgeführten Untersuchung die Firma Mummert & Partner empfohlen. Eine Arbeitsgruppe solle sich im neuen Jahr dieses Themas annehmen.

Herr Leeker möchte wissen, ob sich die Einsparungen der Sozialverwaltung gemäß TZ. 12 auf Seite 52 des Berichts jährlich ergeben und auf welcher Basis sie entstehen.

Herr Brinkmann erklärt, dass die Außendienstkontrollen zu erheblichen Einsparungen geführt hätten, aber auch laufend neue Fälle hinzukämen. Der jetzt eingeschlagene Weg sei aber richtig.

Herr Leeker hätte gerne Auskunft darüber was in diesem Zusammenhang unter dem Gelsenkirchener-Modell zu verstehen sei.

Herr Dr. Heeren sagt die Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort der Protokollführung: Durch das "Gelsenkirchener Ermittlungsmodell" konnte die Stadt Gelsenkirchen/Nordrhein-Westfalen ihre Sozialhilfeausgaben erheblich reduzieren. Dieses Modell wurde vom Außendienst der Stadt Emden vor Ort begutachtet und wird seitdem in Emden angewendet. Die Grundzüge dieses "Modells" sind bereits im Bericht dargestellt.

Herr Leeker möchte wissen, ob die im Außendienst ermittelten Fallzahlen zur falschen Vermögensangabe mit 33 Fälle hoch seien.

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.12.2000

Herr Ellen sagt auch hier die Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung: Hier ist ein Kennzahlenvergleich derzeit nicht möglich.

Herr Züchner übergibt den Vorsitz an **Herrn Dr. Kleinschmidt**. Er spricht seinen Leserbrief vom Vortage in der Emdener Zeitung an. Seiner Meinung nach ist die Chancengleichheit zwischen der Verwaltung und den Ratsherren nicht mehr gegeben, da die Ratsherren keine Kenntnisse über die Haushaltsausgabereise, wie auf Seite 53 des Berichts dargestellt, hätten und dies ihnen auch nicht mitgeteilt worden sei.

Herr Hemken macht deutlich, dass Risiken und Unwägbarkeiten im Haushaltsplan abzudecken seien. Außerdem bestehe eine Wechselbeziehung zwischen den laufenden Leistungen und der Hilfe zur Arbeit. Diese würden sich in etwa ausgleichen. Bei der Aufstellung des Haushaltes sei man seiner Zeit noch aufgrund der Pläne des Landes Niedersachsen davon ausgegangen, dass die Stadt das Wohngeld für die Sozialhilfeempfänger übernehmen müsse. Gott sei Dank seien diese Pläne des Landes nicht verwirklicht. Der Ansatz für das Haushaltsjahr 2001 sei aber bereits aus dem Ist-Ergebnis von 1999 kalkuliert worden.

Herr Leeker sieht durch diese Ausführungen den Vorwurf von **Herrn Züchner** als erledigt an. **Herr Züchner** begründet nochmals seine Verärgerung über die mangelnde Unterrichtung. Die Verwaltung habe auch in der Frage der AAGE sehr zurückhaltend agiert. Die Ratsherren würden aufgefordert, Deckungsvorschläge bei Mehrausgaben zu unterbreiten und könnten nicht wie die Verwaltung auf den Gesamthaushalt verweisen.

Herr Hemken erläutert nochmals die Notwendigkeit der Bildung von Haushaltsresten besonders im Vermögenshaushalt. Die Kameralistik mit den Begriffen Haushaltssoll, Anordnungssoll und dem Ist sei schwierig zu verstehen. So habe das Haushaltssoll 1999 bei 18,5 Mio. DM gelegen, das Ist jedoch nur bei 13,1 Mio. DM. Ursache hierfür sei aber auch der Doppelhaushalt mit seinem frühen Aufstellungstermin Ende 1997 gewesen.

Herr Dr. Beisser bezweifelt in diesem Zusammenhang die Sinnhaftigkeit von Doppelhaushalten und der kameralistischen Buchführung. Er möchte wissen wie oft Haushaltsreste übertragen werden können.

Herr Hemken erwidert, dass dies nur einmal möglich sei.

Herr Leeker und **Herr Brinkmann** verdeutlichen, dass zukünftig die Unterrichtung der Ratsherren durch das neue Berichtswesen verbessert werde.

Herr Brinkmann führt noch einmal aus, dass der Rat nicht falsch informiert wurde, die Resteübertragung aber zur Abdeckung von Risiken notwendig sei.

Herr Züchner möchte wissen, was sich hinter dem Haushaltsrest von 464.000 DM bei der Zentralen Steuerungsunterstützung verbirgt (Seite 32 des Berichts).

Herr Steenhardt teilt mit, dass es sich bei dieser Summe um die Rückstellung der Kosten für das Gutachten der Firma Mummert & Partner handele, welche erst im Jahr 2000 fällig wurde.

Herr Dr. Kleinschmidt gibt den Vorsitz an **Herrn Züchner** zurück.

Herr Janssen erkundigt sich nach der gestiegenen Unterdeckung bei der Nordseehalle (Seiten 66/67 des Berichts).

Herr Hans-Jürgen Janssen teilt hierzu mit, dass der Wirtschaftsplan viele Anschaffungen vorgesehen habe, wodurch sich auch die kalkulatorischen Kosten erhöht hätten und auf Nachfrage: Auch geringere Einnahmen hätten das Ergebnis beeinflusst. Für dieses Jahr zeichne sich aber eine Verbesserung ab.

Herr Dr. Kleinschmidt spricht die nicht zeitnahe Einstellung der Mittel für Baumaßnahmen an (Seite 70 des Berichts). **Herr Peters** begründet dies damit, dass größere Baumaßnahmen sich oft bis zur Abrechnung über mehrere Jahre hinzögen. Viele Baumaßnahmen würden erst im Herbst eines Jahres ausgeschrieben, die Rechnungsstellung erfolge dann aber naturgemäß im Folgejahr.

Herr Dr. Beisser wünscht Auskunft über die Entwicklung der Abwassergebühren.

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.12.2000

Herr Hemken antwortet, dass keine Gebührenerhöhung in 2001 vorgesehen sei, da die derzeitigen Gebühren auskömmlich seien. Die Rückstellungen aus den Überschüssen der letzten Jahre würden für die dringend nötigen Sanierungen der alten Kanalleitungen, besonders in Barenburg und Friesland, benötigt.

Herr Steenhardt erläutert hierzu den Zusammenhang zwischen rückläufigem Wasserverbrauch und dem daraus resultierenden rückläufigen Gebührenaufkommen.

Herr Leeker bedankt sich im Namen der SPD für die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes. Er ist erfreut, dass die Amtsführung der Verwaltung in Ordnung sei. Für die zukünftigen Berichte wünscht er sich wieder Aussagen des RPA zur Organisation der Verwaltung. Die ehrenamtliche Arbeit des Rates bedürfe der Unterstützung durch das RPA.

Herr Janssen bedankt sich ebenfalls beim RPA, dessen Arbeit sicherlich nicht immer leicht sei. Der Bericht enthalte weniger Mängel, er hoffe aber, dass nicht weniger geprüft wurde.

Herr Züchner schließt sich seinen Vorrednern an. Es sei eine Freude gewesen, den Bericht zu lesen. Leider sei die Zeit zwischen Zusendung des Berichtes und Sitzungstermin recht kurz gewesen.

Herr Dr. Beisser unterstreicht ebenfalls die Wichtigkeit der Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes und bedankt sich.

Herr Züchner lässt über die Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1999 abstimmen.

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1999 und die Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 1999.

Dieser Beschluss umfasst auch den Jahresabschluss des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 19.664,71 DM wird vorgetragen.

Punkt 5: Vorlage 13/1383
Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Emden für das Geschäftsjahr 1999

Abgesetzt.

Punkt 6: Vorlage 13/1410
Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Schlachthof Emden GmbH für das Geschäftsjahr 1999

Herr Leeker stellt klar, dass dieses wenig glorreiche Kapitel "endlich" sein müsse und der Verlust nicht auf Dauer und Ewigkeit zu tragen sei. Seiner Zeit wäre beim Bau des Schlachthofes für die SPD aber das Schicksal der dort beschäftigten Menschen ausschlaggebend gewesen. Im neuen Jahr müsse man sich Gedanken machen, wie diese Verlustquelle zu beseitigen sei.

Herr Dr. Beisser fragt, wie sich die gegenwärtige BSE-Krise auswirke.

Herr Fecht berichtet, dass in Emden keine Rinder geschlachtet würden. Gleichwohl leide der Schlachthof darunter, dass die Großhändler ihre Lager räumen. Die Gebühren für die Beseitigung der Abfälle seien in den letzten Tagen von 25 Pfg. pro Schwein auf 12,50 DM gestiegen. Prognosen seien auf dem Fleischmarkt zur Zeit nicht möglich.

Niederschrift Nr. 15 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.12.2000

Herr Brinkmann verdeutlicht, dass der Verlust fast ausschließlich aus dem Kapitaldienst stamme und nicht aus dem laufenden Betrieb.

Herr Züchner weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 26 NGO hin, und zwar für die anwesende

Ratsfrau Pohlmann und
Ratsherr Pauels

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Schlachthof Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 1999 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 1999 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: Einstimmig

Punkt 7: Mitteilungen des Oberbürgermeisters
Vorlage 13/1425
Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 1999 der Musikschule Emden e.V. durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden

Herr Leeker spricht die negative Entwicklung bei den Schülerzahlen der Seite 3, Punkt 4 III des Prüfberichtes an. Der Zuschussbedarf sei somit weiter gegeben; er frage sich wie es weiter gehen solle. Er rege an, den Abwärtstrend mit neuen Ideen zu stoppen, etwa durch Mitwirkung bei der Ferienpassaktion und der Übernahme von Aufgaben in den verlässlichen Grundschulen.

Herr Riese bestätigt, dass die Zahlen für die Musikschule nicht zufriedenstellend seien. Die Musikschule werde dieses Jahr jedoch mit dem geplanten Zuschuss auskommen. Die Tendenz für den Fehlbetrag sei abnehmend. Da die Musikschule Gehälter gemäß BAT zahle, würden diese Kosten weiter steigen. Die Musikschule würde schon seit Jahren bei der Ferienpassaktion mitmachen, jedoch ohne Gebühren dafür zu erhalten. Die Resonanz sei hier gut, leider würden sich daraus aber keine späteren Anmeldungen ergeben.

Die Musikschule habe die 3 verlässlichen Grundschulen der Stadt Emden angesprochen, es sei aber, wegen dann zu erhebenden Gebühren, in diesem Jahr kein Bedarf vorhanden erklärten die Schulen.

In 3 anderen Grundschulen sei die Musikschule aber aktiv. Die Gebühren der Musikschule wurden seit 1996 nicht erhöht, da höhere Gebühren keine Akzeptanz finden würden. Die Schule sei bemüht, die Unterrichtsstunden voll auszuschöpfen. Die Lehrkräfte seien auch sonst im kulturellen Leben der Stadt Emden aktiv.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt 8: Anfragen

Keine.

Herr Züchner schließt mit Dank an die Anwesenden die Sitzung um 18.45 Uhr.